



Franziska Görmar, Christian Höcke, Martin Graffenberger, Stefan Haunstein

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit lokaler Demokratie

Kooperation und Partizipation in Klein- und Mittelstädten im Kontext von Peripherisierung



In Politik und Medien hat sich vor dem Hintergrund anhaltender sozial-räumlicher Polarisierungen in den letzten Jahren ein lebendiger Diskurs über den Zustand und die Entwicklungsperspektiven ländlich-peripherer Räume in Deutschland herausgebildet. So sind in vielen Klein- und Mittelstädten Schrumpfungprozesse, eine schwache finanzielle Haushaltskraft oder zentralörtliche Funktionsverluste zu beobachten. Besonders im Zusammenspiel der Akteure vor Ort durch mehr Kooperation und partizipative Prozesse im Rahmen einer lebendigen lokalen Demokratie liegen jedoch Chancen, derartige Stagnationen oder gar Abwärtsspiralen städtischer Entwicklung zu durchbrechen und in Aufbruch oder Möglichkeitsräume umzukehren.

Um die Entwicklungen solcher Siedlungsräume mit stagnierendem oder rückläufigem Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum besser zu beschreiben, findet seit einiger Zeit in der Raum- und Sozialwissenschaft der Begriff der Peripherisierung Verwendung. Anstatt eine Einteilung der Siedlungsräume anhand von Distanzen, Erreichbarkeiten, Funktionen oder demografischer und ökonomischer Variablen, also quantitativer Größen, vorzunehmen, beschreibt Peripherisierung einen sich räumlich niederschlagenden, dynamischen Prozess. Peripherisierung ist demnach ein Phänomen mit verschiedenen Ausprägungen und Einflussfaktoren, das von einem Wechselspiel aus Funktionen, Kompetenzen, Zugängen sowie insbesondere dem Handeln von Akteuren bestimmt wird (Lang 2018, Beetz 2008, Kühn 2015). Dieses Handeln der Akteure und die sich daraus ergebenden Potenziale für die Stadtentwicklung standen im Mittelpunkt des Projektes „Lokale Demokratie in Klein- und Mittelstädten unter den Bedingungen der Peripherisierung“.

Im Auftrag des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. untersuchte das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) im vergangenen Jahr in jeweils zwei Klein- und Mittelstädten in Hessen (Rotenburg a. d. Fulda, Bad Wildungen) und Thüringen (Rudolstadt, Sondershausen) die Ausgestaltung und Merkmale lokaler Governanceprozesse, also das Zusammenwirken der Akteure vor Ort zu Fragen der Stadtentwicklung. In den vier qualitativ-explorativen Fallstudien wurde insbesondere darauf geschaut,

- welche Akteure an Entscheidungsprozessen der Stadtentwicklung in den Kommunen beteiligt sind und welche Interessen sie vertreten,
- wie sich lokale Demokratie und Beteiligung konkret ausgestalten und
- welche Auswirkungen die beschriebenen Peripherisierungsprozesse auf lokale Demokratie, Beteiligungspotenziale und -strukturen in den jeweiligen Städten und Gemeinden haben.¹

Das Projekt knüpft dabei an die langjährige wissenschaftliche Arbeit des vhw an, die sich unter anderem mit den Möglichkeiten der Förderung inklusiver, das Gemeinwesen und den sozialen Zusammenhalt stärkender Beteiligungsverfahren sowie den Handlungslogiken und Kommunikationsprozessen der lokalen Akteure und ihrer Schnittstellen gewidmet hat (vgl. Alcaide et al. 2019, Kuder 2017, Kuder 2011). Lokale Demokratie wird dabei verstanden als die Gesamtheit aller lokalpolitischen Strukturen, Prozesse und Akteure, die im wechselseitigen Zusammenwirken die Demokratie auf kommunaler Ebene verkörpern, und stellt durch die Verbindung von Government und Governance einen entscheidenden Rahmen für die eigenverantwortliche Regelung der örtlichen Angelegenheiten im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung dar.

¹ Um diese Fragen zu beantworten, wurden in den vier Fallkommunen 7 bis 8 Interviews mit zentralen Akteuren aus Politik und Verwaltung, Zivilgesellschaft und zum Teil Wirtschaft durchgeführt. Deren Ergebnisse wurden durch weitere Recherchen und Dokumentenanalysen (vor allem städtischer Konzepte und Strategien) sowie Bildmaterial ergänzt.

Peripherisierung – ein dynamischer Prozess mit vielfältigen Auswirkungen

Peripherisierungsprozesse werden häufig auf unterschiedlichen Ebenen und in mehreren, miteinander verflochtenen Dimensionen wirksam, die eine enge Verbindung zu potenziellen Handlungs- und Entscheidungsspielräumen der Akteure vor Ort erkennen lassen (vgl. Görmar et al. 2020 i.E.). Am augenfälligsten sind dabei zumeist demografische Entwicklungen. Wegzug, sinkende Geburtenraten und Alterung in den betroffenen Städten und Regionen haben oft weitreichende Folgen für veränderte Anforderungen an die lokale Daseinsvorsorge und bürgerschaftliche Engagementpotenziale (vgl. Nadler 2017). So wirken sie sich unter anderem negativ auf die Nachwuchssituation in Vereinen, Parteien oder anderen Initiativen aus, womit die Kontinuität von Projekten zum Teil nicht mehr gewährleistet werden kann. Kleinere Vereine und Initiativen können dabei schnell an ihre Belastungsgrenzen geführt werden und ein Gefühl der „Überbeanspruchung“ erhalten. Zudem muss in einigen Fällen abgewogen werden, ob die knappen Mittel für die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung oder die der Jugend ausgegeben werden – oft mit nachteiligem Ausgang für die Jugend, was zumindest gefühlt zu deren Vernachlässigung führen kann.

*„Die Bevölkerung ist in den Dingen leider nicht so interessiert, wie es sein müsste [oder] könnte. Wir sind froh, **wenn wir da mal einen Jüngeren [haben], der ist dann so um die 50.[...] Aber das ist bei den anderen genauso, die haben alle ihre Schwierigkeiten.**“ (Interview RBF_PolVerw3)*



Abb. 1: Blick in die Hauptstraße von Sondershausen – viele Ladengeschäfte sind hier verwaist (Foto: Martin Graffenberger)

Eine weitere Dimension von Peripherisierung umfasst verschiedene ökonomische Aspekte. Zum einen wird dabei Peripherisierung als eine Folge der Zentralisierung wirtschaftlicher Entwicklung und Innovationskraft in Agglomerationsräumen beschrieben, die durch Anziehungseffekte von Menschen, Gütern und Kapital hervorgerufen wird (u.a. Shearmur 2012, DIW 2018). Hinzukommt, dass die Kommunen durch zum Teil geringe Einnahmen (z.B. Gewerbesteuer, Einkommensteuer) bei hohen Ausgaben (z.B. im Bereich Soziales) häufig über begrenzte finanzielle und damit letztlich auch personelle Ressourcen verfügen.

Die Handlungs- und Entscheidungsspielräume werden zusätzlich begrenzt, wenn auf politischer Ebene (als dritte Dimension) Abhängigkeiten gegenüber übergeordneten Entscheidungsebenen entstehen (Kühn et al. 2017), Aufgabenübertragungen „von oben“ verordnet werden und die Kommunen damit nicht mehr selbst die Entscheidungshoheit in der Hand haben (Neu 2006). Über eingeschränkte Einflussmöglichkeiten verfügen die Kommunen etwa bei Eingemeindungen, Genehmigungsverfahren, Funktionserhalt oder -verlust. Ein weiterer Aspekt, der damit zusammenhängt, ist zudem die wirtschaftliche Abhängigkeit von Marktmechanismen, die sich im Leerstand zahlreicher Einzelhandelsgeschäfte gerade in den Innenstadtbereichen widerspiegelt. Dieser scheint nicht zuletzt symbolisch für das gefühlte „Abgehängtsein“ eines Teils der Bevölkerung zu stehen, das mit Unzufriedenheit und abnehmendem Interesse an der Entwicklung der eigenen Stadt einhergeht (Görmar et al. 2020 i.E.). Hinzukommen zudem oft vielfältige Verlusterfahrungen (Funktionsverluste der Kommunen, aber auch persönliche Verluste des Arbeitsplatzes o.Ä.) und, zumindest in den von uns untersuchten Thüringer Kommunen, ein niedrigeres Lohnniveau, das diese Unzufriedenheit weiter zu schüren scheint.

*„Eigentlich geht's uns allen gut. **Trotzdem ist so eine ganz tiefe Unzufriedenheit drin**, wo du auch nicht rankommst, wo du auch nicht weißt, warum ist man so negativ drauf.“ (Interview Rud_PolVerw3)*

Peripherien werden also viertens auch diskursiv erzeugt und zwar sowohl in der Innen- wie in der Außenwahrnehmung. Letzteres war in den vergangenen Jahren häufig in Verbindung mit zunehmenden Wahlerfolgen der AfD zu beobachten, die vor allem in den benachteiligten ländlichen Regionen verortet wurden. Überschriften wie „Auf dem Land regiert der Frust“ (Spiegel, 31.07.2016), „Rechtspopulismus: Die Rache der Dörfer“ (Deutschlandfunk, 14.11.2016) oder die Reihe „Abgehängte Regionen“ (Deutschlandfunk 2017) sind nur einige Beispiele. Auch diese externen Zuschreibungen bergen die Gefahr, durch die Bewohner dieser Regionen internalisiert zu werden und damit zu Resignation und Frustration zu führen (Leibert/Golinski 2017). Damit können auch sie die Bereitschaft zur aktiven Beteiligung an Stadtentwicklung beeinflussen. Denn obwohl der Bedarf an Engagement aufgrund der



eingeschränkten Kapazitäten der Kommunen wächst und mancherorts die Zuständigkeiten innerhalb der Stadtgesellschaft neu geordnet werden, ist zu beobachten, dass sich potenziell Engagierte zunehmend zurückziehen (u.a. Blesse/Rösel 2017, Nadler 2017, Kummel 2020).

Allerdings wäre die Annahme einer Kongruenz von peripherisiert sein und peripherisiert bleiben verkürzt. So haben verschiedene Beispiele wie das Emsland in Niedersachsen, die Uckermark in Brandenburg oder auch das Beispiel Hoyerswerda gezeigt, dass vermeintliche Ausweglosigkeiten auch aufgebrochen werden können (siehe u.a. Margarian 2016, Rössel 2014, Gribat 2010). Häufig gelten diese Regionen dann als Testlabor für unkonventionelle Entwicklungsansätze durch sogenannte Raumpioniere (u.a. Faber/Oswald 2013). Auch wenn sie noch immer mit großen strukturellen Herausforderungen konfrontiert sind, hat an vielen Stellen ein Umdenken Einzug gehalten, wonach das Freiwerden von Räumen auch Perspektiven einer Mitgestaltung „von unten“ birgt. Welche beispielhaften Handlungsfelder und Potenziale für Stadtentwicklung es in von Peripherisierung betroffenen Klein- und Mittelstädten gibt, soll im Folgenden erörtert werden.

Zentrale (Aus-)Handlungsfelder der Stadtentwicklung

In den vier Fallstudien des Projekts „Lokale Demokratie“ wurden mehrere wiederkehrende Handlungsfelder identifiziert, die im besonderen Interesse der befragten Akteure standen und damit als relevant für die Entwicklung der Kommunen eingestuft wurden. Diese sind:

- **der Umgang mit Leerstand**, insbesondere von gewerblichen Immobilien in den Innenstadtbereichen und von öffentlichen, zum Teil identitätsstiftenden Liegenschaften. Damit verbunden sind zugleich Aspekte der Innenentwicklung, der Standortattraktivität und der Versorgungssicherung;
- **Verkehr**, verbunden mit dem Auftreten unterschiedlicher Interessenlagen und der Notwendigkeit zu deren Ausgleich. So stehen dem Wunsch nach Verkehrsberuhigung in den Innenstadtbereichen zumeist Bestrebungen nach einer Verbesserung des verkehrlichen Zugangs und innerstädtischer Parkmöglichkeiten gegenüber;
- **die innerstädtische Aufenthaltsqualität** sowie **Belebung und Erhöhung der Frequenz in den Einkaufsstraßen**. Hiermit sind Fragen zum Erscheinungsbild und der Gestaltung des öffentlichen Raums verbunden;
- **der demografische Wandel** und seine Folgen für veränderte Prioritäten der Kommunen. Veränderte Anforderungen für die älter werdende Gesellschaft verlangen zum



Abb. 2: Bad Wildungen: Verkehrsberuhigte Verbindungsachse zwischen Kurbereich und Altstadt – hier verbinden sich verkehrstechnische Fragen mit solchen der Aufenthaltsqualität (Foto: Stefan Haunstein)

einen nach verstärkten Angeboten für Seniorinnen und Senioren (z.B. bei der medizinischen Versorgung, Begegnungsangebote etc.), zum anderen sind die Städte bestrebt, an Attraktivität für junge Familien und damit möglicherweise Zuzügler zu gewinnen (z.B. über Spielplätze, Jugendclubs, verbesserte Betreuungsangebote).

Darüber hinaus gibt es in den Städten auch jeweils spezifische thematische Schwerpunktsetzungen in der Stadtentwicklung. Diese reichen von Kultur und Tourismus in den Thüringer Fallkommunen² zu Fragen der Innenstadtentwicklung unter Beachtung des Denkmalschutzes in Rotenburg sowie dem Status als Kur- und Rehabilitationsstandort in Bad Wildungen. In den beiden letzten Fällen ergeben sich dabei Spannungen zwischen den Bedürfnissen der Einwohner und Geschäftsleute einerseits und den Ansprüchen des Denkmalschutzes bzw. den Erfordernissen einer modernen Kurstadt andererseits. In einigen Fällen konnten aber auch allgemeinere Spannungen zwischen Vertretern aus Stadtpolitik, -verwaltung und Zivilgesellschaft beobachtet werden, die sich aus unterschiedlichen Interessen, zum Teil aber aus der Diskrepanz zwischen Anforderungen und Kapazitäten der Akteure in den Stadtverwaltungen als auch in Lokalpolitik und Zivilgesellschaft ergeben.

Im Umgang mit solchen Spannungen kommt kommunikativen Schnittstellen als Vermittlern im Gesamtgefüge der Stadtgesellschaft, aber auch zwischen Bürgern und übergeordneten Stellen eine besondere Bedeutung zu. In allen von uns untersuchten Kommunen stehen Akteure aus Politik und Verwaltung mit Akteuren der Zivilgesellschaft und Wirtschaft in intensivem wechselseitigem Austausch und sind eng mitein-

² In Rudolstadt spielt speziell das Theater eine große Rolle, in Sondershausen das Loh-Orchester und das Thema Musik.

ander verflochten. Kommunikative Schnittstellen unterstützen dabei die Funktionalität und Ausgestaltung wesentlicher Aspekte lokaler Demokratie, wie etwa Beteiligung, Mitsprache in politischen Prozessen oder (ehrenamtliches) Engagement.

Dabei kann es sich bei diesen Stellen sowohl um besonders zentrale Einzelpersonen der Stadtgesellschaft, wie etwa hauptamtliche Koordinationsstellen oder auch mehrfach in Stadtrat und Vereinen aktive Personen, als auch um weitreichend vernetzte Vereine und Initiativen wie den Altstadtverein in Bad Wildungen handeln. Gemeinsam ist diesen, dass sie an unterschiedlichen Stellen sowohl zivilgesellschaftlich als auch politisch wirken und dabei in der Öffentlichkeit sowohl als Multiplikatoren und Meinungsbildner als auch als Mediatoren aktiv sind.

Lokale Demokratie unter Peripherisierungsbedingungen

Die Möglichkeiten der Ausgestaltung lokaler Demokratie reichen, wie in anderen Städten auch, von formalen, eher informativ angelegten Instrumenten (z.B. Auslagen, Veröffentlichungen im Amtsblatt, öffentliche Teile der Stadtratssitzungen) bis zu informellen, dialogisch angelegten Formaten und Prozessen. Dabei wird den formalen Instrumenten vor allem von Seiten der Verwaltung eine vorrangige Bedeutung beigemessen. Allerdings dienen sie eher eingeschränkt einem wechselseitigen Austausch und einer vertieften inhaltlichen Diskussion über Belange der Stadtentwicklung, gehen sie doch nach Aussage zivilgesellschaftlicher Akteure häufig mit spezifischen Zugangsbarrieren einher.

„Es gibt ein Interesse an der Entwicklung dieser Stadt, aber es gibt kein Interesse an den klassischen kommunalpolitischen Gremien.“ (Interview Rud_Zivil2)

Formate zur übergreifenden und gemeinsamen Erarbeitung von Inhalten, Meinungsbildung sowie Konfliktlösung sind demgegenüber vorwiegend dialogorientiert. In den Fallstädten kamen z. B. Bürgerwerkstätten, Zukunftsforen, Bürgerbeteiligungshaushalte, aber auch die Nutzung sozialer Medien zur Anwendung. Öffentliche Bürgerbeteiligung ist dabei in vielen Fällen mit einem nicht unerheblichen Aufwand (z.B. Termin- und Raumfindung, inhaltliche und technische Vorbereitung mit den damit verbundenen finanziellen und personellen Kapazitäten) verbunden, bei gleichzeitig unsicherer Resonanz. Damit hängt die konkrete Ausgestaltung dieser Formate zentral von personellen Kapazitäten und Kompetenzen, aber auch von finanziellen Ressourcen ab. Diese Ressourcen sind in von Peripherisierungsprozessen betroffenen Klein- und Mittelstädten typischerweise knapp bemessen. Das Beispiel Rotenburg zeigt aber, dass dem durch eine proaktive Nutzung von Förderprogrammen (hier Stadtumbau Ost) und entsprechende personelle Verstärkung durchaus begegnet werden kann.

Zudem stehen vor allem vielseitig vernetzte Akteure aus Vereinen und Initiativen, aber auch einzelne, engagierte Bürger über zahlreiche, informelle Kanäle sowohl mit der Verwaltungsspitze als auch mit einzelnen Verwaltungsbereichen und Ratsmitgliedern in Kontakt und können so sich und ihren Anliegen Sichtbarkeit und Gehör verschaffen. Wichtig ist hier, vor allem inhaltlichen Freiraum und Zugang zu entsprechenden (physischen) Räumen zu bieten. Nicht immer ist dies jedoch aufgrund der strukturellen Rahmenbedingungen möglich, wenn Projekte oder Investitionen etwa aus Geldmangel oder aufgrund von Auflagen anderer Behörden (z.B. Denkmalschutz) nicht durchgeführt werden können. Allerdings kommt es auch vor, dass Akteure der Zivilgesellschaft zunächst eigenständig Projekte initiieren, diese aufgrund begrenzter Kapazitäten (hier häufig personeller Art aufgrund des Nachwuchsmangels) aber nicht weiterführen können, so dass sie entweder beendet oder von den Kommunalverwaltungen aufgefangen werden müssen.



Abb. 3: Das Sommercafé als Treffpunkt im Wohngebiet Schwarzra in Roldstadt (Foto: Ralf Appelfeller)

An diesen Beispielen zeigt sich, dass Peripherisierungsprozesse lokale Demokratie und Beteiligung auf vielfältige Weise beeinflussen, befördern und einschränken können. Stadtentwicklung und lokale Governance sind also gleichermaßen von strukturellen Rahmenbedingungen sowie von den Akteuren vor Ort abhängig. Besondere Herausforderungen in allen Fallkommunen sind der Nachwuchsmangel aufgrund des demografischen Wandels, fehlende finanzielle und personelle Kapazitäten und vereinzelt auch ein Gefühl des Abgehängt-Seins, das durch den sichtbaren Leerstand in weiten Teilen der betrachteten Städte häufig verstärkt wird und Frustration und/oder Desinteresse gegenüber Fragen der Stadtentwicklung nach sich ziehen kann. Dennoch ergeben sich vielfältige Handlungsspielräume, gerade dort, wo Vertrauen geschaffen, Kräfte gebündelt, Synergien gefunden, aber auch Förderprogramme strategisch für die zukünftige Entwicklung einer Stadt genutzt werden können (z. B. wenn Förderprogramme,



wie der Stadtumbau, zur Aktivierung der Bürgerschaft eingesetzt werden oder durch die Vernetzung bestehender Initiativen und Kräfte neue Knotenpunkte, wie etwa eine Freiwilligenagentur, entstehen). Diese Potenziale zu heben setzt vor allem eine intensive und transparente Kommunikation zwischen allen Akteuren voraus. Die Einrichtung kommunikativer Schnittstellen kann dabei unterstützend wirken.

„Wir haben hier die Chance, noch die menschliche Nähe zu haben, zu den Betreibern, zu den Entwicklern, die mithelfen, diese Stadt nach vorne zu bringen. [...] Das sehe ich als Chance, dass unsere Stadt eine gewisse Größenordnung hat, wo das noch möglich ist, wo ich [...] unmittelbare Gespräche führen [kann].“ (Interview BW_PolVerw3)

Fazit

Das Projekt Lokale Demokratie in Klein- und Mittelstädten unter den Bedingungen von Peripherisierung hat gezeigt, dass diese Städte unter beträchtlichen Herausforderungen bei der Gestaltung von Stadtentwicklung stehen. Nichtsdestotrotz sind die Akteure vor Ort – Verwaltung, Lokalpolitik ebenso wie zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure – gewillt und engagiert dabei, ihre Stadt für die Zukunft weiterzuentwickeln und aktiv zu gestalten. Miteinander ins Gespräch zu kommen und im Gespräch zu bleiben – das sind die Aufgaben, vor der alle Kommunen stehen. Prozesse, die im Rahmen von Fördermittelprogrammen vorgeschrieben sind, können dabei einen Anfang bilden. Sie müssen aber auch kreativ und mit großer Offenheit und gegenseitigem Verständnis entsprechend der lokalen Bedarfe ausgestaltet und schließlich verstetigt werden. Gegenseitiges Zuhören, realistische Zukunftserwartungen und der Wille, gemeinsam die eigene Stadt voranzubringen, sind wichtige Grundlagen dafür, dass sich eine echte Beteiligungskultur entwickeln kann. Die Konjunktorentwicklung der vergangenen Jahre hat hier neue Möglichkeiten eröffnet. Es bleibt zu hoffen, dass diese trotz der derzeitigen finanziellen Einbrüche durch die Corona-Krise erhalten bleiben und mit Ideenreichtum und Kreativität genutzt werden.

Franziska Görmar,
Wissenschaftlerin am Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL),
Leipzig

Christian Höcke,
Wissenschaftler beim vhw e.V., Berlin

Martin Graffenberger,
Wirtschaftsgeograf, Deutsches Biomasseforschungszentrum,
Leipzig

Stefan Haunstein,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg

Quellen:

- Alcaide, N./Höcke, C./Kuder, T. (2019): Bürgerbeteiligung als ein Beitrag zur sozialen Kohäsion? Herausforderungen und Möglichkeiten. In: Alcaide, N./Höcke, C. (2019): Vielfalt gestalten. Ansätze zur Förderung der sozialen Kohäsion in Europas Städten. Berlin, S. 71–83.
- Beetz, S. (2008): Peripherisierung als räumliche Organisation sozialer Ungleichheit. In: Barlösius, E./Neu, C. (Hrsg.): Peripherisierung – eine Form sozialer Ungleichheit? Berlin, S. 7–16.
- Blesse, S./Rösel, F. (2017): Gebietsreformen: Hoffnungen, Risiken und Alternativen. München (= ifo Working Papers 234).
- DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2018): Industrie in der Stadt: Wachstumsmotor mit Zukunft: Editorial. Berlin (= DIW Wochenbericht 47/2018).
- Faber, K./Oswald, P. (Hrsg.) (2013): Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge. Spector Books. Leipzig.
- Görmar, F./Graffenberger, M./Haunstein, S./Lang, T. (2020): Lokale Demokratie in Klein- und Mittelstädten unter den Bedingungen von Peripherisierung. Abschlussbericht. vhw Schriftenreihe (im Erscheinen)
- Gribat, N. (2010): Governing the future of a shrinking city: Hoyerswerda, East Germany. Doctoral, Sheffield Hallam University.
- Kuder, T. (2017): Bürgerbeteiligung neu justiert! Fair, informiert und gleichberechtigt zum „besseren“ Ergebnis. In: vhw Werkstatt, 16, 2017.
- Kuder, T. (2011): Governance und Dialog in der Integrierten Stadtentwicklung. In: vhw [Hrsg.]: Dialog: Zur Stärkung lokaler Demokratie. Berlin, S. 53–60 (= vhw Schriftenreihe 3).
- Kühn, M. (2015): Peripheralization: Theoretical Concepts Explaining Socio-Spatial Inequalities. In: European Planning Studies 23, S. 367–378.
- Kühn, M./Bernt, M./Colini, L. (2017): Power, politics and peripheralization: Two Eastern German cities. In: European Urban and Regional Studies 24(3), S. 258–273.
- Kummel, O. (2020): Zwischen Mitgestalten und Alltagsdruck: Herausforderungen zivilgesellschaftlich Engagierter zur (Wieder)belebung einer Kleinstadt in Ostdeutschland. In: Raumforschung und Raumordnung 78(4), S. 1–16.
- Lang, T. (2018): Peripherie/Peripherisierung. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, S. 1687–1692, Hannover.
- Leibert, T./Golinski, S. (2017): Peripheralisation: The Missing Link in Dealing with Demographic Change? In: Comparative Population Studies 41 (3-4), S. 255–284.
- Margarian, A. (2016): Grenzen der Gestaltbarkeit – Gibt es Erfolgsfaktoren der regionalen Wirtschaftsentwicklung? Vortrag auf der Tagung zu „Erfolgsfaktoren der Regionalentwicklung jenseits der großen Städte“ vom 13. bis 14. Juni 2016 in der Evangelischen Akademie Loccum. Veröffentlichung in den Loccumer Protokollen.
- Nadler, R. (2017): The Elephant in the Room. Über das Verhältnis von demographischem Wandel, Daseinsvorsorge und zivilgesellschaftlichem Engagement in Deutschland. In: Raumforschung und Raumordnung 75(6), S. 499–512.
- Neu, C. (2006): Territoriale Ungleichheit – eine Erkundung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37, S. 8–15.
- Rössel, J. (2014): Unterwegs zum guten Leben? Raumproduktionen durch Zugezogene in der Uckermark. Bielefeld.
- Shearmur, R. (2012): Are cities the font of innovation? A critical review of the literature on cities and innovation. In: Cities 29(2), S. 9–18.